

18.02.2011, Lausitzer Rundschau



Ministerpräsident Matthias Platzeck hat am Donnerstag in Lehde die Arbeit des Fördervereins und seiner Vorsitzenden Manuela Filko gelobt. Diese hatte über die Sorgen der Lehdschen um die Spreewälder Kulturlandschaft informiert (Bericht folgt) und den Regierungschef zum 20. Lehdefest im Herbst eingeladen.

Foto: Bilderdienst-Lausitz/MLL

BRANDENBURGS MINISTERPRÄSIDENT BESUCHT DEN SPREEWALD

Platzeck: Bahn-Lösung kommt

Land übernimmt Teil der Kosten, um Genehmigung für Lübbenau voranzutreiben

Lübbenau. Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) hat am Donnerstag Fortschritte für die Bahnübergänge in Lübbenau in Aussicht gestellt. Zuletzt hatten sich Landes- und Bundesbehörden um Zuständigkeiten im Genehmigungsverfahren gestritten. Platzeck sagte bei einem Besuch der RUNDSCHAU-Redaktion in Lübbenau, das Land werde einen Teil der Kosten für das Genehmigungsverfahren übernehmen, um die Blockade aufzulösen. Ein entsprechender Kompromissvorschlag des Infrastrukturministeriums sei vom Bund „per Handschlag“ bestätigt worden. Jetzt erwarte man die schriftliche Bestätigung. Nach Platzecks Worten haben dazu Gespräche der Verkehrsminister sowie zwischen dem Staatssekretär und Bundestagsabgeordneten stattgefunden.

Wie dringend diese Lösung ist, erfuhr Platzeck am Nachmittag am eigenen Leib, als er mit seiner Wagenkolonne auf dem Weg nach Lehde am geschlossenen Übergang in der Kraftwerkstraße warten musste.

Ohne eine zügige Genehmigung der fertig vorliegenden Pläne für den Umbau der Übergänge an Nord- und Südkopf seien geplante Investitionen in Höhe von bis zu 20 Millionen Euro in Gefahr, mahnte der SPD-Landtagsabgeordnete Werner-Siegwart Schippel. Den Hauptteil davon trägt der Bund. Der Vetschauer ist einer der wichtigsten Begleiter der Lübbenauer Bürgerinitiative, die sich seit Jahren für ein akzeptables Verkehrskonzept einsetzt.

Grund des sich über Monate hinziehenden Streits sind offen-

bar rechtliche Fragen. Bund und Land wollen vermeiden, dass Teile der Planung juristisch angreifbar werden, wenn die „falsche“ Behörde das Vorhaben bearbeitet und eine Genehmigung erteilt. Beispielsweise geht es dabei um die Verlegung der L 49 in die Güterbahnhofstraße.

Am bereits gesperrten Übergang in der Straße des Friedens sollen die Gleise untertunnelt werden; das Dreieck mit Bahnhof- und Berliner Straße wird durch zwei Kreisverkehre verbunden. Am Südkopf ist ein Hochkreisel geplant, der die L 49 über die Gleise in die Güterbahnhofstraße führt. Die Stadt Lübbenau hofft, dass die Bauarbeiten bis 2015 abgeschlossen sind – um die 700-Jahr-Feier mit Tunnel und Hochkreisel begehen zu können.

Jan Glosmann